

Positionen der CDU zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2016**Innenpolitik**

Foto: Timo Piontek

Angesichts steigender Kriminalitätszahlen, insbesondere bei Einbruchsdelikten, ist eine Stärkung der baden-württembergischen Polizei dringend nötig. Dazu gehören nicht nur die Erhöhung der Stellenanzahl und die Verbesserung der polizeilichen Ausrüstung, sondern auch eine bessere Bezahlung der Beamtinnen und Beamten (besonders für Berufsanfänger) sowie die Schaffung weiterer Ausbildungsstandorte, um den Beruf attraktiver zu machen. Unser Ziel ist es, mehr Polizisten auf Streife zu schicken, um potentielle Straftäter abzuschrecken. Diesem Zweck dient auch die Wiedereinführung des von der aktuellen Regierung abgeschafften Freiwilligen Polizeidienstes. Gewalt gegen Polizeibeamte muss rigoros bestraft werden. Die grün-rot Regierung hat in der vergangenen Legislaturperiode gezeigt, dass sie nicht hinter der Polizei steht: Eine übereilt durchgeführte Polizeireform mit teils unsinnigen Zuständigkeitsverlagerungen hat für viel Unmut gesorgt und muss korrigiert werden. Die sowohl von Grünen und SPD geforderte individuelle Kennzeichnungspflicht drückt Misstrauen gegenüber denen aus, die mit Leib und Leben für unsere Sicherheit sorgen; deswegen wir lehnen eine solche ab. Die CDU ist die Partei der Inneren Sicherheit!

Familie und ArbeitFoto: Von Politicalcowboy - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=10320351>

Familien sind die Keimzellen unserer Gesellschaft. Wir befürworten daher die Wiedereinführung des von Grün-Rot abgeschafften Landeserziehungsgeldes sowie die Einführung eines „Familiengeldes Baden-Württemberg“ als Ersatz für das vom Bundesverfassungsgericht aus formalen Gründen gekippte Erziehungsgeld des Bundes. Familien mit 3 oder mehr Kindern sind durch einen Zuwachs beim Kindergeld zu fördern. Weiterhin setzen wir uns für eine flächendeckende Versorgung mit Kitas samt Ganztagesangebot ein. Daneben sind aber auch die finanziellen und beruflichen Rahmenbedingungen für Tagespflegepersonen zu verbessern. Wir werden sich dafür einsetzen, Arbeitnehmer am Unternehmenserfolg durch Gewinn- und

Kapitalbeteiligungen teilhaben zu lassen. Den Bedürfnissen von älteren Beschäftigten ist durch Weiterbildung und flexible Arbeitszeitmodelle Rechnung zu tragen.

Flüchtlingspolitik



Foto: dpa

Bei der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation dürfen die Kommunen und ehrenamtliche Helfer vom Land nicht allein gelassen werden: Wir möchten dazu das von der aktuellen Landesregierung verschärfte Baurecht wieder vereinfachen, um weitestgehend unbürokratisch Wohnraum für Flüchtlinge und anerkannte Asylbewerber zu schaffen. Für Ehrenämter sollen Qualifikationsmöglichkeiten geschaffen werden. Eine konsequente Asylpolitik bedeutet aber auch, keine falschen Anreize für Menschen zu schaffen, die allein aus wirtschaftlichen Gründen nach Baden-Württemberg fliehen, deshalb gilt für uns: Sachleistungen vor

Geldleistungen, keine Einführung einer Gesundheitskarte, welche die gleichen Leistungen wie gesetzliche Versicherte sie erhalten, gewährt. Auch müssen solche Flüchtlinge, welche keinen Schutzstatus zuerkannt bekommen, wieder konsequent in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Dazu dient auch die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten, mit deren Erweiterung sich besonders die Grünen regelmäßig schwertun bzw. versuchen, sich ihre Zustimmung im Bundesrat mit Kompromissen zu erkaufen. Dies behindert das Prozedere erheblich. Umgekehrt muss die Integration anerkannter Asylbewerber konsequent gefördert werden, wozu aber auch gehört, dass Menschen die zu uns kommen, unsere Rechts- und Werteordnung anerkennen und bereit sind, so schnell wie möglich die deutsche Sprache zu lernen.

Wirtschaft



Foto: berlin pics/pixelio.de

Eine starke Wirtschaft war und ist das Markenzeichen unseres Landes, deshalb braucht sie auch wieder ein eigenes Ministerium. Weiterhin muss ein Landeszentrum für Start-Up-Förderung geschaffen werden, um Firmengründungen von Landesseite her zu unterstützen. Zu dieser Unterstützung gehört auch der Ausbau schneller Internetverbindungen, besonders auch in ländlichen Gebieten, um diese für Unternehmensansiedlungen attraktiv zu machen. Die Sicherung von Fachkräften muss insbesondere durch Förderung von MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) gewahrt werden. Auch das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung muss weiter

gestärkt werden. Wir will eine solide Finanzpolitik betreiben, die nicht zu Lasten künftiger Generationen geht. Hierzu sind ab 2020 die Vorgaben des Grundgesetzes einzuhalten. Weiterhin wir dafür kämpfen, die Belastungen für unser Bundesland durch den Länderfinanzausgleich zu reduzieren.

Verkehr



Foto: pixelio.de/Rolf Handke

Grün-Rot hat es „geschafft“ im Zeitraum von 2011 bis 2014 keine neue Straße zu bauen. Ein (Negativ-) Beispiel dafür ist z.B. die Verschleppung der B 27 - Trasse bei Nehren durch Minister Hermann (Grüne). Dieses wichtige Projekt wurde einfach vertrödelt. Stattdessen wurde bis zum letzten Jahr vorrangig in Fahrradwege und -straßen investiert, um die Bürger im Sinne grüner Ideologie zum Umstieg auf das Fahrrad zu erziehen. Von der geplanten Einführung eines flächendeckenden Tempolimits auf Autobahnen und dem anvisierten Verbot von Autos mit Verbrennungsmotoren ab 2036 ganz

zu schweigen. Beides lehnen wir entschieden ab. Darüber hinaus wurde im Jahr 2013 "vergessen", Bundesmittel für den Straßenbau in Höhe von 100 Mio. Euro vom Bund abzurufen. Dies ist den CDU-Vorgängerregierungen nie passiert. Laut Minister Hermann habe das Automobil in Baden-Württemberg aber sowieso keine Zukunft mehr (so geäußert auf dem Mobilitätskongress 2014: "Wer in Baden-Württemberg noch auf das Automobil setzt, macht sich lächerlich."). Zur Erinnerung: Unser Bundesland ist nicht allein wegen Daimler, Porsche und Audi Automobilland Nr. 1 in Deutschland, hier gibt es auch viele qualifizierte Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie. Wir werden mehr EU- und Bundesmittel für den Straßenbau einfordern und 1 Mrd. Euro pro Jahr in Ausbau und Erhalt der landeseigenen Straßen investieren. Daneben wird es ein Aufgabe sein, den öffentlichen Nahverkehr durch das Land zu fördern. Ein Mittel dazu wird die Einführung eines Ländertickets sein. Diese Wahlversprechen machten die Grünen bei Regierungsantritt 2011 – es wurde gebrochen!

Bildung



Foto: picture alliance/dpa

Das von Grün-Rot propagierte „Erfolgsmodell“ der Gemeinschaftsschule ist bisher kein solches. Um konkurrenzfähig zu bleiben, muss auch an dieser Schulart das Leistungsprinzip gelten, d.h. auch hier müssen Noten zur Leistungseinschätzung verteilt werden und die Möglichkeit einer Klassenwiederholung muss gegeben sein. Für bestehende Gemeinschaftsschulen geben wir eine Bestandsgarantie, sie dürfen aber nicht gegenüber den Gymnasien und Realschulen bevorzugt werden. Deshalb lehnen wir auch die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an Gemeinschaftsschulen ab. Im Gegensatz zu den

Grünen werden wir den Eltern mehr Wahlfreiheit geben, diese gilt hinsichtlich der Wahl eines Ganztageseschulbetriebs, ebenso bei der Wahl einer 8- oder 9-jährigen gymnasialen Ausbildung für ihre Kinder. Lediglich vor Beginn der Schulzeit fordern wir ein verpflichtendes und beitragsfreies letztes Kindergartenjahr, damit Kinder später besser in den Schulbetrieb integriert werden können.